

Zweite ZVSHK-Mitgliederversammlung 2001

Treffen in turbulenter Zeit

Mitte September – am Folgetag der Terroranschläge in den USA – kamen die Mitglieder des ZVSHK zur Herbsttagung nach Potsdam, um über aktuelle Themen zu beraten. Dazu gehörte die zukünftige Ausbildung im zusammengelegten Berufsbild, die Wahl zweier Fachausschüsse sowie zwei Resolutionen zur Preis- und Förderpolitik.

Ganz unter dem Eindruck der dramatischen Ereignisse des Flugzeugterrors in New York und Washington verharren die Teilnehmer der Mitgliederversammlung zunächst in einer Schweigeminute. Zu Beginn der Sitzung, am 12. September, waren nicht einmal 24 Stunden nach den Anschlägen vergangen und den meisten Anwesenden war das Unbehagen über die möglichen Auswirkungen abzuspüren. Auch in seiner Eröffnungsrede äußerte sich Präsident Bruno Schlieffe bestürzt über das Geschehen. Der Schock über den Angriff auf westliche Werte und Mechanismen wirkte tief und er faßte das Wechselbad der Gefühle in Worte: „Wut, Ohnmacht und Trauer ergreifen uns alle, wenn wir versuchen, die Ausmaße dieser Wahnsinnstaten verstehen zu wollen.“

Düstere Aussichten

Lösten die Ereignisse in den USA zwangsläufig Betroffenheit aus, so taugte ein Themenwechsel hin zu den Branchenentwicklungen hierzulande auch nicht gerade für eine angenehme Abwechslung. Im weiteren Verlauf seiner Rede thematisierte Bruno Schlieffe die derzeit prekäre Situation im Handwerk. Hier sehe man sich nicht nur mit einem Schwund bei den organisierten Betrieben konfrontiert, sondern könne zudem den Eindruck gewinnen, daß die derzeitige Regierung das Handwerk generell abschaffen bzw. zur Bedeutungslosigkeit degradieren wolle. Alle Forderungen und Hinweise zur Belebung der mittelständischen Strukturen speziell im Handwerk seien bisher ungehört verhallt, urteilte der Präsident. Unverständlich, ja wirtschaftlich überhaupt nicht vertretbar sei die Tatsache, daß man angesichts eines Schrumpfungsprozesses weiterhin Existenzgründungen im SHK-Bereich aus Steuermitteln unterstütze. Nach wie vor seien auch die Kommunen dabei, mehr oder minder aktiv Kapazitäten aufzubauen, um in originäre Bereiche der SHK-Betriebe einzudringen. „Das Wort Partnerschaft ist dabei teilweise sehr in Vergessenheit geraten“, beklagte er.

Doch der seit nunmehr einem Jahr amtierende ZVSHK-Präsident mochte angesichts der vielfältigen Probleme nicht resignieren. Im Gegenteil: Er appellierte an die Anwesenden, sich in den eigenen Reihen auf die Stärken zu besinnen. Demonstrativ forderte er die 17 Landesverbände auf, die Kräfte zu bündeln. Auch im Hinblick auf das neu geschaffene Internet-Portal www.wasserwaermeluft.de könne der föderale Aufbau der Organisation geradezu ideal unterstützt werden. Alleingänge einzelner Fachverbände seien aufgrund der enormen finanziellen Belastungen auf Dauer auch



Am Veranstaltungsort Flagge zeigen ist für den ZVSHK selbstverständlich, doch unter dem Eindruck der Terroranschläge auf die USA blieb sie am 12. und 13. September in Potsdam auf Halbmast

gar nicht zu verkraften. Sein Aufruf: „Die Chance, die jetzt besteht, gemeinsam an der gemeinsamen Aufgabe zu arbeiten, darf nicht verspielt werden!“

Wahl der Fachausschüsse

Nahmen am ersten Tag in nicht öffentlicher Sitzung die Haushaltsberatungen längere Zeit in Anspruch, so ging es im weite-

ren Verlauf der Mitgliederversammlung um die Komplettierung weiterer Fachausschüsse. Da zur Frühjahrssitzung für zwei Bereiche nicht genügend Meldungen vorgelegen hatten, um eine Wahl durchführen zu können, wurde dies nun nachgeholt. ■ In den Fachausschuß Prüfung und Überwachung Haustechnischer Anlagen wurden gewählt: Karl-Heinz Paulsen, Dietmar Zahn, Gerhard Horn, Jürgen Buhse und Harald Koch ■ In den Fachausschuß Lüftungs- und Klimatechnik wurden gewählt: Dietrich Roese, Anke Löser, Hans Baier und Norbert Schmitz.



Für den vor einem Jahr neu gewählten ZVSHK-Vorstand sind die Schwierigkeiten innerhalb der Branche sicher nicht weniger geworden

Für die Grundlagen- und Detailarbeit zu den verschiedensten Themen setzt die Mitgliederversammlung Fachausschüsse ein, die vorwiegend aus Ehrenamtsträger zu bestehen haben. Die Geschäftsführung der Ausschüsse liegt wie in der Vergangenheit beim zuständigen Referat des ZVSHK.

Resolution zu Werkspreislisten

Auf Antrag des Fachverbandes NRW beschäftigte man sich mit einer drohenden Erhöhung der Werkspreislisten, die von der Sanitär- und Heizungsindustrie zum 1. Oktober angekündigt worden war. Einstimmig war die Mitgliederversammlung dafür, diesem Bestreben mit einer Resolution entgegen zu treten. In den mittlerweile verfaßten Schreiben an die entsprechenden Werke kommt deutlich zum Ausdruck, daß man eindringlich dafür plädiert, die geplante Euro-Umstellung nicht dafür zu nutzen, Preiserhöhungen am Markt durchzusetzen. Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage bei Handel und Handwerk passe diese Anhebung nicht in die konjunkturpolitische Landschaft, so der Wortlaut. Im übrigen könne eine sol-

che Art von Preiserhöhungen nicht an den Kunden weiter gegeben werden, heißt es in dem Schreiben an die Industrie.

Unverständliche Förderpolitik

Eine weitere Resolution wurde beschlossen (Auszüge siehe nebenstehenden Kasten), denn die drastische Streichung von Fördermitteln im Bereich Solarthermie und Heizungsmodernisierung kam Mitte des Jahres für die Branche völlig unerwartet und entgegen anders lautender Absichtserklärungen, die von staatlicher Seite noch im Frühjahr geäußert wurden. ZVSHK-Hauptgeschäftsführer Michael von Bock und Polach brachte es auf den Punkt: „Nachdem man aus gutem Grund die sinnvolle Förderung für das Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien von 20 Millionen auf 200 Millionen Mark aufgestockt hatte, war der Erfolg im wahrsten Sinne überwältigend und man ist an offizieller Stelle durch die Flut von 200 000 Anträgen förmlich überrollt worden.“ Völlig kontraproduktiv sei es jedoch, so der Hauptgeschäftsführer, wenn man aus staatlicher Sicht daraus die Konsequenz ziehe, dieser in mehrfacher Hinsicht tauglichen Förderpolitik jetzt eine weitere finanzielle Unterstützung zu versagen.

Gegen die Verschlechterung der Förderbedingungen hatte der ZVSHK schon im Juli sowohl in der Presse als auch in Schreiben

Klimaschutzzerklärung und staatliche Rahmenbedingungen

Hier einige Auszüge aus der ZVSHK-Resolution an die Bundesregierung:

Das deutsche SHK-Handwerk versteht sich als Umwelthandwerk und ist sich seiner Verantwortung für den Klimaschutz bewußt. Gerade deshalb sieht der ZVSHK die von der Bundesregierung gewünschten CO₂-Klimaschutzzerklärungen der deutschen Wirtschaft kritisch. Es befremdet, wenn einerseits Selbstverpflichtungen gewünscht und auf der anderen Seite die Rahmenbedingung zur Erreichung von deren Zielen verschlechtert werden. Ein aktuelles Beispiel ist die völlig unverständliche Förderpolitik im Bereich Solarthermie und Heizungsmodernisierung: Im Juli 2001 hat die Bundesregierung das „Marktanreizprogramm Erneuerbare Energien“ stark beschnitten. Während Endkunden vorher mit 250 DM beziehungsweise 325 Mark (Flachkollektor/Röhrenkollektor) Förderung pro Quadratmeter Kollektorfläche rechnen konnten, ist ab 23. Juli nur noch eine Förderung in Höhe von 170 Mark (einheitlich) pro Quadratmeter Kollektorfläche möglich. Weiterhin wurde die ohnehin schon gekürzte Förderung für die gleichzeitige Modernisierung der alten Heizungsanlage ganz gestrichen. Diese Förderpolitik trifft die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe der Branche in der sehr angespannten Konjunkturlage schwer und ist kontraproduktiv für Arbeitsmarkt und Klimaschutz. Gerade die 4,5 Millionen Heizkessel in Deutschland, die älter als 15 Jahre sind, spielen für die Klimaschutzziele der Bundesregierung eine wichtige Rolle: Sie stellen etwa ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten noch auszuschöpfenden CO₂-Minderungspotentials. Durch die Streichung der Förderung besteht jedoch für den Endkunden nur wenig Anreiz für eine zeitnahe Modernisierung. Etwa 90 000 zusätzliche Stellen könnten dagegen geschaffen werden, wenn man jährlich zusätzlich 500 000 veraltete Heizkessel austauschen würde.

an politische Entscheidungsträger protestiert. Den vom ZVSHK befürchteten Nachfrageschwund belegen mittlerweile Zahlen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) belegt bereits für den Folgemonat August, daß die Nachfrage für Solarwärme-Anlagen in Deutschland drastisch eingebrochen ist: aufgrund der gravierenden Reduzierung der Fördersätze im Juli. In den Vormonaten hingegen verzeichnete die Solarbranche noch ein Umsatzwachstum von 50 % gegenüber dem Vorjahr.

Solar – na klar

Eng verbunden mit dem zuvor behandelten Thema ist die Kampagne Solar – na klar, für die in Zukunft ebenfalls keine staatliche Finanzhilfe mehr zur Verfügung steht. Die hier aktiven Fachbetriebe müssen sich nun auf Mitgliedsbeiträge einstellen. Der ZVSHK sieht als Gründungsmitglied der Kampagne allerdings keinen Anlaß, hier kürzer zu treten. Dr. Sabine Dyas, Geschäftsbereichsleiterin im ZVSHK, erläuterte der Mitgliederversammlung den aktuellen Stand und nannte Ziele, die es in naher Zukunft anzustreben gilt. Demnach wird man sich unter anderem weiterhin auf die Fortbildung interessierter SHK-Innungsbetriebe und auf die Bereitstellung von Werbemitteln konzentrieren, um eine bestmögliche Unterstützung bei der Erschließung neuer Geschäfts-



ZVSHK-Präsident Bruno Schlieke: „Wenn wir versuchen wollen, unseren eigenen Handwerkern vorzuschreiben, was sie erfahren dürfen und was nicht, wo sie sich listen lassen dürfen und wo nicht, werden wir schnell erfahren müssen, daß hier eine Abstimmung per Mausclick erfolgt“

felder zu bieten. Anhand einer Befragung von Handwerksbetrieben zeigten die Ergebnisse, so Dr. Dyas, daß die Teilnahme an der Kampagne Solar – na klar durchweg zu einem Plus an Aufträgen und Kunden geführt habe.

Auswirkungen der EnEV

Andreas Müller, Geschäftsführer Technik im ZVSHK, erläuterte den Stand der Dinge in puncto Energieeinsparverordnung und zählte einige wichtige Punkte für Alt- und Neubau auf. Hier das Wichtigste in Kürze:

Anforderungen an den Gebäudebestand

- Heizkessel (4 kW–400 kW) älter als 1. 10. 78 sind bis zum 31. 12. 2006 außer Betrieb zu nehmen (Ausnahme Ein-/Zweifamilienhäuser)

- Nachrüstpflichtungen aus der HeizAnV (Wärmedämmung der Rohrleitungen, Regelung und Steuerung) bleiben erhalten

- Umwälzpumpen müssen bei Austausch und Neubau als selbstregelnde Pumpen ausgeführt werden. Anpassung der elektr. Leistung an den betriebsbedingten Förderbedarf

- Anforderungen an Betrieb, Wartung und Instandhaltung von Heizungs-, WW- und Lüftungsanlagen durch Fachkundige wurde durch den § 12 der EnEV besonders hervorgehoben

- Energieverbrauchskennzeichnung für den Bestand als Angebot

- **Anforderungen an den Neubau**
- Jahresheizenergiebedarf wird um 30 % je nach A/V-Verhältnis gesenkt

- Energiebedarfsausweis (Energiepaß) wird obligatorisch

- Primärenergieansatz wird Bewertungsmaßstab (DIN 4701-10/ DIN 4108-6), dennoch Beurteilung elektrischer Systeme

- PE-Faktor für Elektrospeicherheizungen wird von 2,3 auf 2,0 in Verbindung mit kontrollierter Wohnungslüftung mit WRG gesenkt

- PE-Faktor für Elektro-Direktheizungen wird auf 3,0 festgelegt

- Gebäudedichtheitsnachweis kann über Blower Door festgestellt werden. Ohne Lüftungsanlage gilt Mindestluftwechsel 3 h-1, mit Lüftungsanlage gilt 1,5 h-1.

Die EnEV mache den SHK-Fachmann zum gleichberechtigten Partner im Baugenehmigungsverfahren, denn der Architekt komme nicht umhin, sich bei der technischen Gebäudeausrüstung auf das Know-how

des Fachhandwerks zu stützen, beurteilte Andreas Müller die neue Lage. Auch werde der Weg geebnet, daß sich die Betriebe durch die Erstellung von Gebäudeenergiepässen ein neues Betätigungsfeld erschließen.

Berufsbildung

Ein weiterer Tagesordnungspunkt galt der Berichterstattung über die Verhandlungen in Sachen Ausbildungsverordnung für das neue Berufsbild. Dazu gehört auch die Namensgebung. Der von der Mitgliederversammlung favorisierte Begriff Installateur für Energie- und Gebäudetechnik ist ebenso weiter in der Beratung wie die endgültige Gestaltung der modularen Ausbildung mit Grund- und Fachqualifikationen. Mit dem Sozialpartner (IG-Metall) konnte mittlerweile in vielen strittigen Fragen Einigung erzielt werden. Im Frühjahr wurde auch bereits der formelle Antrag für das neue Berufsbild beim Wirtschaftsministerium gestellt, so daß das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BiBB) als zuständige Stelle nun das Verfahren koordinieren kann. In diesem Jahr wird weiter verhandelt. Wenn alles ohne nennenswerte Komplikationen verlaufe, wagt Friedrich Höttecke, Bildungsbeauftragter des ZVSHK, vor der Mitgliederversammlung eine Einschätzung, dann könnte die neue Ausbildungsverordnung frühestens im August 2003 in Kraft treten.

Die Probleme für die Branche werden nicht weniger. Die wirtschaftliche Lage ist regional recht unterschiedlich und kann deshalb nicht grundsätzlich negativ beurteilt werden. Wie schnell sich allerdings Krisen



Friedrich Höttecke, Bildungsbeauftragter des ZVSHK, schätzt, daß die neue Ausbildungsverordnung frühestens im August 2003 in Kraft tritt

entwickeln können, haben die Anschläge in den USA deutlich gemacht. Aufgrund der Vorgänge ist zumindest eine allgemeine Kaufzurückhaltung zu erwarten. Für die SHK-Branche gilt daher erst recht, sich in schwierigen Zeiten auf die Stärken zu konzentrieren. Der Informationsfluß ist beispielsweise eine ganz wichtige Voraussetzung für unternehmerische Entscheidungen. Deshalb muß dem Internet-Portal des ZVSHK mit seinen Möglichkeiten für die Innungsbetriebe eine hohe Priorität eingeräumt werden. Einigkeit ist wichtig, damit die Weiterentwicklung rasch fortschreiten kann. TD



Die Vertreter aus den 17 Landesverbänden wählten zwei weitere Fachausschüsse und verabschiedeten mehrere Resolutionen